

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 64. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. Januar 2017, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)	Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)	
Volker Dornquast (CDU)	i. V. v. Rainer Wiegard
Wolfgang Baasch (SPD)	i. V. v. Birte Pauls
Regina Poersch (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Rasmus Andresen
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Angelika Beer (PIRATEN)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017</b>	<b>4</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/5005</a>  (im Wege der Selbstbefassung nach Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)	
<b>2. Bericht zur Europafähigkeit der Kommunen</b>	<b>6</b>
<b>3. Situation in Kaliningrad und die Fortführung der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Hanse-Office</b>	<b>7</b>
<b>4. Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/178</a>	
<b>5. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen</b>	<b>9</b>
Protokoll der 119. Plenartagung des Ausschusses der Regionen <a href="#">Umdruck 18/7191</a>	
<b>6. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>10</b>
<b>7. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>11</b>
<b>8. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss nach kurzer Diskussion mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Investorenklagen verhindern, Demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen, [Drucksache 18/4299](#) (neu), von der Tagesordnung abzusetzen. Die Tagesordnung wird vom Europaausschuss in der vorstehenden, geänderten Fassung mit der Maßgabe beschlossen, sich zusätzlich durch die Europaministerin über die Europafähigkeit der Kommunen berichten zu lassen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/5005](#)

(im Wege der Selbstbefassung nach Artikel 23 Absatz 2 Satz 2 LV in Verbindung mit § 14 Absatz 1 Satz 2 GeschO)

hierzu: [Umdrucke 18/6945](#), [18/6950](#), [18/6997](#), [18/7093](#)

Abg. Poersch weist darauf hin, dass man derzeit ein neues Verfahren im Hinblick auf die Besprechung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission erprobe. Sie verweist auf den in Selbstbefassung zu beschließenden interfraktionellen Antrag betreffend Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein, [Umdruck 18/7245](#).

Zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission führt Ministerin Spoorendonk aus, dass die Europäische Kommission seit 2014 die Strategie verfolge, dass weniger mehr sei. Die Kommission beschränke sich auf zentrale bedeutsame Maßnahmen und Initiativen und habe keine Liste von eher kleinteiligen Einzelvorschlägen veröffentlicht. Dieser Ansatz sei aus ihrer Sicht richtig, man verschließe sich aber nicht davor, dass auch andere, darüber hinausgehende Maßnahmen für das Land wichtig sein könnten. Wichtig für Schleswig-Holstein sei vor allem eine Maßnahme, die im Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zusammengefasst sei. Dieser Punkt habe mit dem kommenden EU-Haushalt, aber auch mit der Vorbereitung der nächsten Förderperiode ab 2020 zu tun. Die Diskussion darum gehe über eine finanzpolitische Diskussion hinaus und hänge auch mit der Frage zusammen, wie man sich die EU der Zukunft vorstelle. Noch ungeklärt sei, wie das Defizit, das durch einen

Austritt Großbritanniens entstehen könnte, aufgefangen werden solle. Die Ausgestaltung der künftigen Förderkulisse sei für Schleswig-Holstein von entscheidender Bedeutung, deshalb werde es dort noch einiger Diskussionen bedürfen. Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt sei der Umgang mit der Flüchtlingsfrage. Sie selbst habe Zweifel daran, ob es möglich sein werde, ein verbindliches Konzept auf EU-Ebene zu erarbeiten. Gleichwohl sei bekannt, dass sich die Europäische Union auf die Frage der EU-Außengrenzen konzentriere. Das Thema werde die Landesregierung im nächsten Jahr noch weiter beschäftigen. Gemeinsam mit dem Landtag habe sich die Landesregierung auf ein neues Verfahren verständigt, jeder habe Punkte identifiziert, die für ihn wichtig seien. Diese würden jetzt als sich gegenseitig ergänzend bewertet. Für weitere Beratungen und Gespräche stehe sie gern zur Verfügung.

Abg. Poersch regt an, im Europaausschuss in nächster Zeit die europäische Säule sozialer Rechte zu beraten und sich darüber informieren zu lassen, wie andere Mitgliedstaaten die Situation beurteilten. Dies halte sie vor dem Hintergrund, dass es Schwerpunkt im Arbeitsprogramm und auch ein im interfraktionellen Antrag als Schwerpunkt identifizierter Aspekt sei, für sinnvoll.

Auf eine Nachfrage der Abg. Damerow zu der Tatsache, dass der Bereich Flüchtlings- und Migrationspolitik bei den von der Landesregierung identifizierten Schwerpunkten keine Rolle spiele, legt Ministerin Spoorendonk dar, dass sich die Landesregierung auf die Punkte konzentriert habe, bei denen Schleswig-Holstein dezidierte Einflussmöglichkeiten habe. So sei zum Beispiel für Schleswig-Holstein von großer Wichtigkeit wie der Aktionsplan Kreislaufwirtschaft aussehen werde. Das stehe nicht im Widerspruch zu dem, dass die weitere Ausgestaltung der Flüchtlingspolitik für Schleswig-Holstein ebenfalls wichtig sei. Die Diskussion werde von der Landesregierung im Rahmen der Europaministerkonferenzen oder im Rahmen der Debatten im Bundesrat intensiv begleitet.

Im Wege der Selbstbefassung empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag, den aus [Umdruck 18/7245](#) ersichtlichen Beschlussvorschlag zu übernehmen und ihm zuzustimmen sowie den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Bericht zur Europafähigkeit der Kommunen**

Ministerin Spoorendonk berichtet zur Europafähigkeit der Kommunen. Seit April 2015 gebe es gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Kreis Pinneberg ein Projekt zu den europafähigen Kommunen. Dass der Kreis Pinneberg aktiver Teil des Projekts sei, hänge damit zusammen, dass er Vorreiter in dieser Frage sei. Das Europaministerium finanziere eine Personalstelle in Höhe von 25.000 € beim Kreis Pinneberg. Vor Weihnachten sei gemeinsam mit der entsprechenden Person eine Veranstaltung mit den Europabeauftragten der Kreise und der Kommunen durchgeführt worden. Dabei seien Verbesserungsvorschläge erarbeitet worden. Das Projekt laufe am 31. März 2017 aus, aber die Aufgabe bleibe bestehen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Situation in Kaliningrad und die Fortführung der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Hanse-Office**

Anknüpfend an ihren Bericht zum Hanse-Office in Kaliningrad in einer vorherigen Sitzung legt Ministerin Spoorendonk dar, dass sie im September 2016 Kaliningrad besucht habe und man in den letzten Monaten unter Hochdruck daran gearbeitet habe, eine Alternative zur bisherigen NGO-Rechtsform zu suchen. In Zusammenarbeit mit den beiden Mitarbeiterinnen vor Ort und der IHK habe man ein Modell entwickelt, das eine GmbH nach russischem Recht als örtlichen Träger vorsehe. Eine solche GmbH unterliege nicht der Gesetzgebung in Bezug auf ausländische Agenten in der russischen Föderation, der Aspekt, weswegen das bisher vorhandene Hanse-Office habe geschlossen werden müssen. Dies sei aus ihrer Sicht der entscheidende Punkt. Die neue GmbH sei am 12. Januar 2017 ohne Probleme registriert worden und jetzt handlungsfähig. Alleinige Gesellschafterin sei die Büroleiterin vor Ort. Die Repräsentanz werde, um die rechtliche Neuaufstellung zu betonen, Hanse-Office Kaliningrad heißen. Die schleswig-holsteinische Vertretung sei, wie bisher, Untermieter in den Räumen des Repräsentanten der IHK Hamburg. Auch die Höhe der Landesförderung ändere sich nicht, der Wirtschaftsplan werde im Wesentlichen dem Wirtschaftsplan des Vorjahres entsprechen. Zügig solle eine trilaterale Vereinbarung zwischen der GmbH als örtlichem Träger, der IHK zu Kiel und dem Europaministerium unterzeichnet werden. Gleichzeitig arbeiteten das Ostseereferat und die Mitarbeiterin vor Ort daran, das im September 2016 unterzeichnete Arbeitsprogramm für 2017 und 2018 mit Leben zu füllen. Sie weist auf die siebten deutsch-russischen Dokumentarfilmtage hin, die im September 2017 stattfinden sollten, und bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die Arbeit des Hanse-Office nun fortgeführt werden könne und dass man die Partnerschaft leben und ausbauen könne. Wichtig sei auch, realistische Vorschläge zu unterbreiten und direkten Kontakt zu nutzen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/178](#)

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Damerow weist auf den ins Leben gerufenen gemeinsamen Ausschuss mit Hamburg hin und erklärt für ihre Fraktion den Antrag für erledigt. Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag die Erledigterklärung des Antrags zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**

Protokoll der 119. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/7191](#)

Aus der Dezembersitzung des Ausschusses der Regionen spricht Abg. Poersch die Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste an. Der Europaausschuss habe sich kritisch mit dem Anliegen auseinandergesetzt, eine einheitliche Überprüfungsbehörde einzurichten. Diesen Punkt hätten alle Länder der Bundesrepublik Deutschland kritisch gesehen und sich entsprechend im Bundesrat verhalten. Die Stellungnahme des Berichterstatters im AdR sei in die gleiche Richtung gegangen. Es sei aus Sicht vieler sinnvoll, einen Blick auf die Medienfreiheit zu richten, aber in der Stellungnahme des AdR habe dieser die regionale Dimension vermisst.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

[Umdrucke 18/6979](#), [18/6986](#), [18/7070](#), [18/7073](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/7198](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende spricht einige Termine an.

Der Vorsitzende weist auf den Titel zur Förderung des europäischen Gedankens hin, über den auch die Botschafter-Veranstaltungen, die regelmäßig stattfinden, zukünftig finanziert werden sollten. Er regt an, noch einmal das Gespräch mit der Europaunion bezüglich möglicher neuer Formate zu suchen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 10:35 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer